

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:137548-2016:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Köln: Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung  
2016/S 077-137548**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Zweckverband Nahverkehr Rheinland

Glockengasse 37 – 39

Zu Händen von: Herrn Sven Kleine

50667 Köln

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 221208086623

E-Mail: [sven.kleine@nvr.de](mailto:sven.kleine@nvr.de)

Fax: +49 2212080886623

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.nahverkehr-rheinland.de/>

**Weitere Auskünfte erteilen:**

BPV Consult GmbH Gesellschaft für Beratung und Projektmanagement

Löhrstraße 91 a

Zu Händen von: Frau Anne Hundenborn

56068 Koblenz

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 026120165090

E-Mail: [nvr-rb27-vergabe@daisikomm.de](mailto:nvr-rb27-vergabe@daisikomm.de)

Fax: +49 026120165099

Internet-Adresse: <https://www.nvr-rb27-vergabe.daisikomm.de>

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:**

BPV Consult GmbH Gesellschaft für Beratung und Projektmanagement

Löhrstraße 91 a

Zu Händen von: Frau Anne Hundenborn

56068 Koblenz

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 026120165090

E-Mail: [nvr-rb27-vergabe@daisikomm.de](mailto:nvr-rb27-vergabe@daisikomm.de)

Fax: +49 026120165099

Internet-Adresse: <https://www.nvr-rb27-vergabe.daisikomm.de>

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Sonstige: Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Vergabe von SPNV-Leistungen auf der Linie RB 27.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 18: Eisenbahnverkehr

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: RB 27 (Mönchengladbach – Köln – Bonn-Beuel – Koblenz).

NUTS-Code DEA15,DEA2,DEA2C,DEA23,DEB11

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Gegenstand dieser Vergabe sind Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Zuständigkeitsbereich der SPNV-Aufgabenträger Zweckverband Nahverkehr Rheinland (nachfolgend NVR genannt), Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (nachfolgend VRR genannt) und Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (nachfolgend SPNV-Nord genannt) auf der Linie RB 27 zum internationalen Fahrplanwechsel, voraussichtlich am 15.12.2019 bis zum internationalen Fahrplanwechsel

im Jahr 2026, voraussichtlich am 13.12.2026.

Für die Linie ist nach Auslaufen dieses Vertrages eine S-Bahn-Bedienung (linksrheinisch: Linie S 6, rechtsrheinisch: Linie S 13) vorgesehen. Die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür sind noch zu schaffen. Um auf derzeit nicht abschätzbare bauliche Unwägbarkeiten bei der Realisierung der S-Bahn-Infrastruktur reagieren zu können, behalten sich die SPNV-Aufgabenträger vor, die Vertragslaufzeit zweimal um je ein volles Fahrplanjahr verlängern zu können. Außerdem wird der Verkehrsvertrag eine Abbestelloption für den linksrheinischen Linienast vorsehen, die es den SPNV-Aufgabenträgern erlaubt, die Leistungen für den Linienabschnitt zwischen Mönchengladbach und Köln Hbf jeweils zu einem Fahrplanwechsel im Dezember ab

dem Fahrplanwechsel im Dezember 2023 abbestellen zu können; der rechtsrheinische Linienabschnitt Köln – Koblenz bleibt in diesem Fall von der Abbestellung unberührt.

Der Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen ist zugelassen.

Der Verkehrsvertrag wird als Bruttovertrag gestaltet.

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe des ersten Abschnittes der VOL/A durchgeführt.

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die vorläufigen Vergabeunterlagen an die Bieter versendet, die im Teilnahmewettbewerb ausgewählt wurden. Es schließt sich die indikative Phase mit den

Verhandlungen an. Diese sollen im August/September 2016 abgeschlossen sein. Im Anschluss daran werden die Vergabeunterlagen ergänzt und überarbeitet und zur finalen Kalkulation an die Bieter versendet.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
60210000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein
- II.1.8) **Lose**  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**  
Rund 2,4 Mio. Zugkm/Jahr.
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**  
Optionen: ja  
Beschreibung der Optionen: Verlängerung des Vertrages und Abbestelloption wie unter Ziffer II.1.5 beschrieben.
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja  
Zahl der möglichen Verlängerungen: 2
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**  
Laufzeit in Monaten: 84 (ab Auftragsvergabe)

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**  
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**  
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja  
Darlegung der besonderen Bedingungen: Darlegung der besonderen Bedingungen: Die Leistungen werden von Aufgabenträgern aus verschiedenen Bundesländern, namentlich aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, gemeinsam vergeben. In den Bundesländern gelten unterschiedliche Landesvergabegesetze, das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) und das Landestariftrüegegesetz Rheinland-Pfalz (LTTG). Die Gesetze enthalten keine identischen Vorgaben. Gemäß § 2 Abs. 6 TVgG NRW haben sich die Aufgabenträger zwecks der Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes geeinigt, dass ausschließlich die Regelungen des TVgG NRW im Rahmen dieses Vergabeverfahrens gelten sollen.  
Es wird dementsprechend darauf hingewiesen, dass Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, bei Angebotsabgabe die gemäß § 4, § 18 und § 19 TVgG NRW erforderlichen Verpflichtungserklärungen abzugeben haben.

### III.2) **Teilnahmebedingungen**

#### III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber folgende Unterlagen vorzulegen (bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied): Formlose, unterschriebene Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass:

- keine rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens vorliegt, das die berufliche Zuverlässigkeit des EVU infrage stellt,
- keine Verfehlung im Sinne von § 5 Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG) vorliegt,
- keine schweren oder wiederholten Verstöße gegen arbeits- oder sozialrechtliche Pflichten vorliegen,
- keine schweren oder wiederholten Verstöße gegen im Interesse der Verkehrs- und Betriebssicherheit erlassene Vorschriften vorliegen,
- keine schweren oder wiederholten Verstöße gegen Vorschriften des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) bzw. vergleichbare eisenbahnrechtliche Vorschriften des Herkunftslandes des Eisenbahnverkehrsunternehmens (EVU) oder der auf diesen Gesetzen beruhenden Rechtsverordnungen vorliegen,
- keine schweren oder wiederholten Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften vorliegen,
- das EVU seinen sich aus der unternehmerischen Tätigkeit ergebenden steuerrechtlichen Pflichten nachgekommen ist.

Alle EVU mit mittelbarem oder unmittelbarem kommunalen Anteilseigner haben darüber hinaus darzulegen, dass die Abgabe des Angebotes im Einklang mit den die wirtschaftliche Betätigung der Kommune regelnden Vorschriften des Kommunalverfassungsrechts steht. Dies kann z. B. durch eine Bescheinigung der zuständigen Aufsichtsbehörde erfolgen, dass die Kommune die Abgabe des Angebotes nicht hätte verhindern müssen (im Fall der kommunalen Mehrheitsbeteiligung) bzw. die weitere Beteiligung an dem EVU mit dem Kommunalwirtschaftsrecht zu vereinbaren ist (im Fall der kommunalen Minderheitsbeteiligung).

In Abhängigkeit des jeweils für das oder die EVU maßgeblichen Gemeinwirtschaftsrechts kann dies unter Umständen die Vorlage weiterer Nachweise erfordern.

Bewerbungsgemeinschaften müssen zusätzlich eine Erklärung abgeben, aus der hervorgeht, dass kein Verstoß gegen Kartellrecht vorliegt (z. B. durch Angabe der Gründe, die zur Bildung der Bewerbungsgemeinschaft geführt haben) und dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen wurden.

Die Auftraggeber behalten sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern.

#### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber folgende Unterlagen vorzulegen (Bei Bewerbungsgemeinschaften von der Bewerbungsgemeinschaft insgesamt):

1. Formlose, unterschriebene Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass:

- das EVU sich nicht in einem Insolvenz- oder einem vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und dass gegen es kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- die Anforderungen aus § 2 EBZugV (Eisenbahnunternehmer-Berufszugangsverordnung) erfüllt werden.

2. Geschäftsberichte der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Im Fall der Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung nach Maßgabe einer Mustererklärung, die bei der unter Ziffer I.1. genannten Kontaktstelle abzufordern ist, mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Die Auftraggeber behalten sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern.

#### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber folgende Unterlagen vorzulegen (Bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft insgesamt):

- Formlose unterschriebene Eigenerklärung, dass das EVU über die für die Genehmigung zum Eisenbahnverkehrsunternehmen erforderliche Fachkunde, insbesondere des § 3 Eisenbahnunternehmer-Berufszugangsverordnung (EBZugV) verfügt,
- Nachweis, dass das EVU über die Zulassung als Eisenbahnverkehrsunternehmen nach § 6 Absatz 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) verfügt. Liegt die Zulassung noch nicht vor, hat das EVU darzulegen, wie diese bis zur Zuschlagserteilung erlangt werden soll,
- Formlose unterschriebene Liste über vergleichbare Referenzprojekte im SPNV oder im sonstigen Eisenbahnverkehr bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre,
- Auskunft bezüglich der Erfahrung in Verkehrs- und Tarifkooperation bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, soweit vorhanden.

Im Fall der Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung nach Maßgabe einer Mustererklärung, die bei der unter Ziffer I.1. genannten Kontaktstelle abzufordern ist, mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die Auftraggeber behalten sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja  
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Das Erbringen der Verkehrsdienstleistungen setzt eine Zulassung nach § 6 Absatz 2 AEG voraus. Dazu wird auf Ziffer III.2.3 verwiesen.

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

**Abschnitt IV: Verfahren**

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

**Vorinformation**

Bekanntmachungsnummer im ABI: [2014/S 166-295721](#) vom 30.8.2014

- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**  
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
13.6.2016 - 12:00
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**  
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben**  
Der NVR führt dieses Verfahren federführend durch, weitere Auftraggeber sind:  
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR, Augustastr. 1, 45879 Gelsenkirchen,  
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord, Friedrich-Ebert-Ring 14-20, 56068 Koblenz.  
Die Aufgabenträger werden bei der Durchführung des Vergabeverfahrens von der BPV Consult GmbH – Gesellschaft für Beratung und Projektmanagement im Verkehr unterstützt. Die Aufgabenträger werden nur organisatorisch bei der Durchführung des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle inhaltlichen Entscheidungen treffen die Aufgabenträger.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**  
Vergabekammer Rheinland – Spruchkörper Köln  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln  
DEUTSCHLAND  
Telefon: +49 221/147-3116  
Internet-Adresse: [http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/vergabekammer/](http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/)  
Fax: +49 221/147-2889
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 102 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 107 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist.  
Vergabeverstöße sind nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unverzüglich innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund

der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 3 GWB ebenfalls spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist beim Auftraggeber zu rügen.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Rheinland – Spruchkörper Köln

Zeughausstraße 2-10

50667 Köln

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 221/147-3116

Internet-Adresse: [http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/vergabekammer/](http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/)

Fax: +49 221/147-2889

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

15.4.2016